



Interviews

Datum: 09. März 2025

Stephan Detjen im Gespräch mit Friedrich Merz, CDU-Parteivorsitzender und Unionsfraktionschef

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Detjen: Am Mikrophon ist Stephan Detjen. Ich begrüße zu diesem Interview der Woche im Deutschlandfunk den wohl nächsten Bundeskanzler, Friedrich Merz. Herzlich willkommen, Herr Merz. Danke, dass Sie sich an diesem Sonntagvormittag Zeit für dieses Gespräch nehmen.

Merz: Vielen Dank, Herr Detjen. Ich grüße Sie auch.

Detjen: Herr Merz, gestern haben Sie sich mit der SPD über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen geeinigt. Die sollen nächste Woche beginnen. Und nach einer Woche von Sondierungsgesprächen haben Sie eine ganze Reihe von Eckpunkten eines künftigen Koalitionsvertrages vorgestellt. Gibt es jetzt überhaupt noch offene Themen, an denen Sie eine Regierungsbildung mit der SPD scheitern lassen würden?

Merz: Herr Detjen, Scheitern ist für uns keine wirkliche Option. Es gibt nur diese eine parlamentarische Mehrheit in der demokratischen Mitte des Deutschen Bundestages, die Mehrheit aus CDU, CSU und SPD. Und wir sind nicht nur entschlossen, diese Mehrheit zu einer Regierungsbildung zu nutzen, wir sind geradezu verpflichtet, diese Regierungsbildung jetzt zu ermöglichen. Und deswegen schließen wir das auch im gegenseitigen Einvernehmen aus, dass diese Koalition, die wir planen, auf dem Weg dorthin noch einmal scheitern könnte.

Detjen: Also die Erwartungen sind natürlich an diese neue Regierung, an diese neue Bundesregierung groß, gerade in Europa, im Ausland, gerade auch etwa in der Ukraine, vielleicht noch größer als hier im eigenen Land. Man wartet darauf, dass Deutschland wieder handlungsfähig wird. Aber auf den elf Seiten ihres Sondierungspapiers finden sich viele innen-, wirtschafts-, sozialpolitische Versprechen, aber zu vielen drängenden Fragen der internationalen Krisen und Herausforderungen wenig. Nichts zur Beteiligung Deutschlands an möglichen Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Nichts zu einer europäischen, vielleicht nuklearen Verteidigungsstrategie. Nichts zu Antworten auf Schutzzölle, die Donald Trump auch gegen Europa verhängen will. Man kann den Eindruck gewinnen, da formiert sich eine Regierung, die den Blick vor allem nach innen richten will, eigene Wähler befrieden will.

Merz: Wenn dieser Eindruck entstanden ist, dann will ich dem aus zwei Gründen widersprechen. Zum einen: Wir sind uns unserer europäischen und auch unserer internationalen Verantwortung bewusst. Das stand von Anfang an fest im Raum, nicht zuletzt

nach den Ereignissen der letzten Tage, die uns ja auch dazu bewogen haben, ein so großes Paket für die Bundeswehr zu schnüren. Zum Zweiten: Wir haben uns in den Sondierungsgesprächen zunächst und nach diesen Entscheidungen für Bundeswehr und Infrastruktur auf die migrationspolitischen Themen, die wirtschaftspolitischen Themen und die arbeitsmarktpolitischen Themen konzentriert. Wir wissen, dass wir im Laufe der Koalitionsverhandlungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, zur Europapolitik noch viel aufschreiben müssen. Wir wissen aber auch, Herr Detjen, dass vieles, das, was wir heute aufschreiben, schon wenige Wochen oder Monate danach überholt sein könnte. Also es wird sich mehr um Grundsätze drehen. Und da liegen SPD und CDU und CSU nicht so weit auseinander.

Detjen: Aber die Fragen, die sich auch außenpolitisch, verteidigungspolitisch stellen, die sind ja sehr konkret. Der Vorwurf ist etwa von Felix Banaszak, Co-Vorsitzender der Grünen, gestern kurz nach der Veröffentlichung ihres Sondierungsergebnisses, Banaszak sagt, es sei offensichtlich, dass sie die schwierige Weltlage nutzen, um Projekte wie Steuerreduzierung in der Gastronomie, eine neue Stufe der Mütterrente durchzusetzen. Man könnte auch die Rückkehr zum vergünstigten Agrardiesel hinzufügen. Auch Ökonomen kritisieren jetzt das Ausgabenprogramm, das sie vorgestellt haben. Ich zitiere mal Stefan Kooths, Institut für Weltwirtschaft: Es werden vor allem konsumtive Projekte in Aussicht gestellt. Friedrich Heinemann, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, spricht von völlig ungezielten Maßnahmen zulasten der Steuerzahler. Sind das alles die Zugeständnisse, die Sie jetzt schon auf den ersten Metern der Regierungsbildung an Ihre beiden Koalitionspartner CSU und SPD machen mussten?

Merz: Eine Koalition ist immer eine Zweckgemeinschaft von Koalitionspartnern, die bereit sind, auch Kompromisse miteinander zu machen. Wir haben von unserer Seite aus viele Vorstellungen durchsetzen können, zum Beispiel mit der sogenannten Aktivrente, zum Beispiel mit der Frühstarterrente in der Sozialpolitik. Wir werden die Alterssicherungssysteme neu aufstellen. Die Sozialdemokraten hatten ihrerseits Vorstellungen, etwa beim Mindestlohn und bei der Tariftreue. Wir haben jetzt die Überschrift durchgesetzt.

Detjen: Die Sie ja auch durchgesetzt haben. Also Mindestlohn steht im Papier, der wird kommen.

Merz: Durchgesetzt hat von uns noch niemand irgendetwas. Wir haben jetzt die Sondierungsgespräche abgeschlossen und haben Leitlinien, Eckpunkte, so haben Sie es selber gerade gesagt, Herr Detjen, verabredet. Und jetzt geht es um die Konkretisierung in den Koalitionsverhandlungen, die wir ab der nächsten Woche führen werden. Und wir werden selbstverständlich in diesen Koalitionsverhandlungen einen erheblichen Schwerpunkt auf die Außenpolitik, auf die Sicherheitspolitik, auf die Europapolitik legen. Ich bin ja auch in der zu Ende gegangenen Woche erneut in Brüssel gewesen und habe dort eine ganze Reihe von Gesprächen geführt, so wie ich das in den letzten drei Jahren ohnehin ganz regelmäßig gemacht habe. Wir werden in den Koalitionsverhandlungen auch sehr

konkret vereinbaren, wo wir sparen müssen. Dies ist hier keine Mentalität, dass wir für Konsum jetzt unbegrenzt Geld zur Verfügung haben. Das Gegenteil ist richtig. Wir haben einen erheblichen Konsolidierungsbedarf in den nächsten Jahren im Bundeshaushalt. Wir wollen Investitionen ermöglichen, aber wir werden auch sparen müssen.

Detjen: Aber diese Regierung, die Sie bilden wollen, wahrscheinlich bilden werden, so wie Sie jetzt auch geschildert haben, die wird Geld in die Hand nehmen, wie das noch niemals eine Bundesregierung gemacht hat. Auch wenn man auf die Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung schaut: Industriestrompreis soll kommen, neue Kaufprämien für E-Autos. Das liest sich wie das Programm von Wirtschaftsminister Robert Habeck, dem Grünen, den die Union im Wahlkampf, gerade die CSU, geradezu verteufelt hat. Jetzt soll das Ihr Regierungsprogramm werden. Müssen Sie nicht damit rechnen, auch eigene Anhänger in der CDU, etwa im Wirtschaftsflügel, bitter zu enttäuschen, die von ihnen viel mehr Mut zur Reform, ein schärferes wirtschaftspolitisches Profil erwartet hätten?

Merz: Noch einmal, eine Koalition muss bereit sein, Kompromisse zu machen. Aber wir verlassen den wirtschaftspolitisch und finanzpolitisch soliden Kurs der Bundesrepublik Deutschland nicht. Wir alle wissen, dass wir erheblichen Nachholbedarf in der Infrastruktur haben. Den wollen wir jetzt auch ausfüllen. Wir alle wissen, dass wir durch die globale Lage große Herausforderungen zu bestehen haben im Hinblick auf unsere Verteidigungsfähigkeit. Und, Herr Detjen, die Menschen in Deutschland sind so unsicher, wie sie schon seit Jahrzehnten nicht mehr waren, auch im Hinblick auf ihren Lebensalltag, im Hinblick auf ihre Altersversorgung. Wir wollen diesen großen Fragen vernünftige und auch verlässliche Antworten geben. Und wir haben dabei immer im Blick auch die Zukunft der nächsten und übernächsten Generationen. Wenn wir jetzt in diesem Umfang auch in die Verpflichtungen gehen für die Infrastruktur, für die Sicherheit, dann tun wir das auch, um unseren Kindern und unseren Enkelkindern ein lebenswertes Land zu übergeben. Und dafür sind nun mal Investitionen nötig. Die tun wir. Wir werden aber nicht in einen Konsumrausch einsteigen. Da können sich die Wählerinnen und Wähler auf uns, auch auf mich persönlich verlassen. Wir öffnen jetzt nicht die Schleusen, sondern wir werden eine vernünftige Haushalts- und Finanzpolitik machen. Wir werden eine gute Wirtschaftspolitik machen, um wieder an die Spitze auch in der wirtschaftlichen Entwicklung zu kommen. Und wir werden auch eine Sicherheitspolitik machen im umfassenden Sinne, dass die Menschen sich in Deutschland einfach wieder sicher fühlen. Und dafür müssen wir etwas tun und das wollen wir auch gemeinsam tun.

Detjen: Herr Merz, Sie haben ja schon vor Jahren auch in Ihren Anläufen, es waren ja mehrere, zum CDU-Vorsitz, immer einen anderen, akzentuierteren Führungsstil versprochen. Mehr Führung, klarere Führung, haben den Kompromisstil von Angela Merkel scharf kritisiert. Jetzt haben Sie auch in diesem Gespräch schon zweimal gesagt, man muss eben in einer Koalition Kompromisse schließen. Also lernen wir jetzt einen neuen Friedrich Merz kennen, der ebenso wie seine Vorgänger, auch seine Vorvorgängerin, Kompromisse schließen muss - jetzt mit den Koalitionspartnern, aber als Nächstes in den nächsten Tagen,

das kommt ja dann noch hinzu, auch mit den Grünen, die sie für die Zweidrittelmehrheit im Bundestag brauchen, um Sondervermögen und Lockerung der Schuldenbremse durchzusetzen?

Merz: Ich habe nie in Abrede gestellt, dass Führung einhergehen muss mit Kooperationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit und auch mit Kompromissbereitschaft und Kompromissfähigkeit. So habe ich in den letzten drei Jahren die CDU auf einen neuen Kurs gebracht. Es war immer klar, wer der Vorsitzende ist, aber dieser Vorsitzende hat sowohl in der Bundestagsfraktion als auch in der Partei ein Team von Mitstreitern um sich herum. Und genauso möchte ich die nächste Bundesregierung bilden, ohne dabei allerdings auf Kosten nachfolgender Generationen zu leben, ohne Sicherheitsbedrohungen zu unterschätzen, ohne den Problemen, die auch unangenehm sind, aus dem Wege zu gehen. Das wird mich hoffentlich jedenfalls von dem einen oder anderen Vorgänger unterscheiden. Ich habe hier eine sehr klare Vorstellung, wie die Bundesrepublik Deutschland sich in den nächsten Jahren entwickeln soll. Nicht nach hinten geschaut, sondern weit in die Zukunft. Wir stehen auch in einem internationalen Wettbewerb, dem wir uns stellen müssen. Und da werde ich auch mit einer guten Mannschaft, so hoffe ich jedenfalls, dieses Land führen.

Detjen: Ja, aber jetzt müssen Sie eben, bevor Sie an dem Punkt sind, müssen Sie jetzt zunächst mal auf die Grünen zugehen. Die brauchen Sie in den nächsten Tagen, nächste Woche schon erste Lesung, für die Grundgesetzänderungen. Und die Grünen-Spitze hat gestern gesagt, nach der Vorstellung des Sondierungsgesprächs ist man weiter von einer Zustimmung entfernt als vorher. Sie brauchen die jetzt. Wie weit sind Sie da in den Gesprächen und was bieten Sie den Grünen an, zum Beispiel doch noch auch Klimaschutzmaßnahmen in die Liste der Projekte aufzunehmen, die sie fördern und finanzieren wollen?

Merz: Die Gespräche mit den Grünen haben bereits in der letzten Woche begonnen. Wir haben sie auch über das Wochenende in kleinerem Umfang fortgesetzt. Wir werden in der nächsten Woche umfassend mit den Grünen, mit der Fraktions- und Parteispitze sprechen.

Detjen: und was anbieten?

Merz: Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich nun nicht über den Rundfunk Angebote mache, was wir hier gemeinsam tun könnten. Das werden wir in gemeinsamen Gesprächen ...

Detjen: ... das könnte es ja erleichtern

Merz: Naja, wir haben ja gestern auch schon zwei Themen angesprochen. Das eine ist, dass wir zu den Verteidigungsausgaben auch die militärische Unterstützung für die Ukraine zählen. Das war bisher in einem anderen Haushalt veranschlagt. Und wir werden natürlich auch Maßnahmen für den Klimaschutz aufnehmen in die Liste, die dann in einem Gesetz noch abschließend geklärt werden muss, oder Infrastrukturprojekte. Aber noch einmal, die Verhandlungen, die führen wir nicht öffentlich, sondern die führen wir gemeinsam mit den

Grünen und den Sozialdemokraten da, wo sie hingehören, nämlich im Parlament, in den Ausschüssen und auch in den persönlichen Gesprächen.

Detjen: Jetzt müssen Sie nicht nur die Grünen für diese Grundgesetzänderung gewinnen, sondern im alten Bundestag ja auch die eigenen Reihen noch hinter sich schließen. Da gab es viele Stimmen auch aus der Union, die einen offenen Bruch ihrer Wahlversprechen beklagt haben, weil die Union jetzt als erste Tat nach dem Wahlsieg die Schuldenbremse lockern will. Der CSU-Ehrenden Horst Seehofer spricht heute von einem Wortbruch. Warum, Herr Merz, haben Sie nicht vor der Wahl eine Einigung über die Verteidigungsausgaben gerade gesucht und sich damit auch das Risiko erspart, in das Sie jetzt gehen, unter Zeitdruck zu scheitern, weil Ihnen entscheidende Stimmen von Grünen, ausscheidenden SPD-Bundestagsabgeordneten und vielleicht sogar Unionsabgeordneten fehlen werden?

Merz: Wir haben immer wieder vor der Bundestagswahl in den Wochen und Monaten davor in internen Gesprächen der Bundesregierung angeboten, dass wir bereit sind, noch einmal über die Bundeswehr zu sprechen. Das ist an der Uneinigkeit der Koalition untereinander gescheitert. Ich habe dem Bundeskanzler auch in persönlichen Gesprächen einige Male gesagt, wenn Sie Gespräche mit uns führen wollen über die Bundeswehr, wissend, dass weder der aktuelle Haushalt ausreicht, noch dieses sogenannte Sondervermögen in der längeren Perspektive ausreichend ist, dann stehen wir dazu bereit. Aber diese Gespräche hat es, wie gesagt, wegen der Uneinigkeit der Koalition nicht gegeben. Es hatte ja nie auch eine gemeinsame Haltung der alten Koalition, der Ampel, zu diesen Fragen gegeben. So und dann haben wir über die letzten Wochen eine so massive Verschärfung der internationalen Sicherheitslage zur Kenntnis zu nehmen, wie wir sie auch in den letzten Jahrzehnten nicht gehabt haben. Wir werden nun für unsere eigene Verteidigung sehr schnell sehr viel in Europa gemeinsam tun müssen. Die EU-Kommission hat die ersten Schritte unternommen und fragt uns, Deutschland, was macht ihr, wozu seid ihr bereit? Und mir war wichtig, dass wir auch vor dem Sonderrat der Europäischen Staats- und Regierungschefs am letzten Donnerstag eine Botschaft geben, die da lautet: wir sind bereit, hier auch mitzuwirken, auch in einer neuen Koalition. Ich war in Brüssel, habe das dort mit der EVP besprochen, mit Ursula von der Leyen, mit dem Ratspräsidenten, mit dem NATO-Generalsekretär. Die alle sind sehr erleichtert, dass Deutschland jetzt bereit ist, den Weg der Europäer mitzugehen, nämlich mehr für die eigene Verteidigung zu tun. Und das ist dringlich geworden, nicht zuletzt durch die Ereignisse der letzten drei bis vier Wochen.

Detjen: Das Deutschlandfunk-Interview der Woche an diesem Sonntag mit Friedrich Merz, CDU-Vorsitzender und wahrscheinlich nächster Bundeskanzler. Herr Merz, den europäischen Weg gemeinsam gehen - die Frage stellt sich, ob Sie das auch auf dem Gebiet der Migrations- und Asylpolitik tun werden. Das erste Ergebnis der Sondierung, das Sie gestern, das war für Sie offenbar der wichtigste Punkt, verkündet haben, war die Nachricht, es würden künftig Schutzsuchende an deutschen Grenzen abgewiesen. Der Kompromiss, den Sie da mit der SPD zu diesem schwierigen Thema gefunden haben, heißt

Zurückweisung in Abstimmung mit den europäischen Partnern. Und mich hat das erinnert an den Kompromiss, den Angela Merkel 2018 in einem damals erbitterten Streit mit der CSU und Horst Seehofer gefunden hat. Er wollte auch unbedingt diese Zurückweisung von Schutzsuchenden an den deutschen Grenzen. Die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU wäre deswegen fast zerbrochen. Und Merkel hat dann gesagt, okay, aber er muss eben die anderen Europäer mit an Bord holen. Seehofer ist durch Europa gezogen und hat es nicht geschafft. Und auch heute sind die Signale ja aus Polen, aus Österreich von den entscheidenden Partnern, die wollen das nicht, dass Deutschland sich nicht an europäische Regeln hält und Schutzsuchende einfach über die Grenze wieder zurückschiebt.

Merz: Wir haben uns jetzt zunächst einmal darauf verständigt, dass wir diesen Weg in Europa gemeinsam gehen wollen. Es werden ja schon Zurückweisungen vorgenommen.

Detjen: Aber nicht von Schutzsuchenden.

Merz: Noch nicht von allen, noch nicht von denen, die das Wort Asyl beim Grenzübertritt aussprechen.

Detjen: Das sind die europäischen Regeln, dass man die aufnimmt und ein geordnetes Verfahren durchführt.

Merz: Wir wollen jetzt gemeinsam auch schnell dafür sorgen, dass es in Europa zu entsprechenden Verabredungen kommt. Es gibt drei Länder, Dänemark, die Niederlande und Italien, die eine gemeinsame Initiative ergriffen haben, noch schneller voranzugehen mit der gemeinsamen europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik. Ich werde in einer zukünftigen Koalition dafür werben, dass wir uns dieser Initiative anschließen. 16 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben bereits signalisiert, dass sie sich das vorstellen können. Also der Weg in Europa muss schneller gehen. Wir sind dazu bereit. Ich bin, wie Sie wissen, Herr Detjen, nun wirklich ein zutiefst überzeugter Europäer. Ich möchte keine unnötigen Konflikte mit unseren europäischen Nachbarn haben. Wir sind auf unsere Nachbarn angewiesen, unsere Nachbarn auch auf uns. Ich möchte einen gemeinsamen europäischen Weg gehen, aber es steht für uns immer an erster Stelle die Sicherheit auch des eigenen Landes. Wenn sich die gewährleisten lässt in Übereinstimmung und gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn, dann gehen wir diesen Weg. Aber wir haben es ja genauso beschlossen. Wir werden auch die Grenzkontrollen erhöhen. Wir werden die Zurückweisungen rein der Zahl nach deutlich erhöhen. Und es wird jetzt sehr viel strengere Regime geben, auch im Inland. Wir haben ja auch eine ganze Reihe von weiteren Vorschlägen vereinbart miteinander, was die Asyl- und Einwanderungspolitik betrifft. Also wir werden da jetzt schnell und zwar sehr viel schneller vorankommen als die aus dem Anschein der Ampel, wo vieles an den Grünen gescheitert ist.

Detjen: Ja, aber lassen Sie mich bei dem Asylthema und bei dem Grenzthema bleiben. Die Europäische Kommission, die geht ja voran. Ursula von der Leyen, die EU Kommission, will nächste Woche eine europäische Rückführungsrichtlinie vorstellen. Das ist ein Eckstein des europäischen Grenzschutzkonzepts, das unter anderem gerade verhindern soll, was Sie

vorhaben, nämlich Flüchtlinge im nationalen Alleingang an Binnengrenzen zurückzuweisen. Also ist das erste Signal einer von Ihnen angebahnten Bundesregierung, dass Deutschland unter ihrer Führung genau diese europäische Solidarität nicht mitgehen will und auf nationale Alleingänge setzt?

Merz: Wir wollen europäische Solidarität, soweit es eben möglich ist. Aber wir haben heute schon die Möglichkeit, Flüchtlinge an den Grenzen zurückzuweisen. Davon macht die Bundesregierung, die jetzt aus dem Amt ausscheidet, schon seit längerer Zeit Gebrauch. Ich will übrigens mal daran erinnern, das war 2018 nicht der Fall. Das, was heute gemacht wird, ist überwiegend auf das nachhaltige Drängen von uns als größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag zustande gekommen. Wenn wir nicht immer wieder darauf gedrängt hätten, hätte es diese Zurückweisungen zum Beispiel während der Fußball-Europameisterschaft oder jetzt wieder neu in Kraft gesetzt von Frau Faeser nicht gegeben. Also wir sind sehr viel weiter als schon mal in früheren Jahren. Das muss weitergehen und das Beste wäre, wenn wir unsere Außengrenzen in der Europäischen Union gemeinsam schützen und dafür sorgen, dass Aufnahmezentren an den Grenzen der Europäischen Union entstehen. Wir sind hier auf einem Weg, den wir gemeinsam, nicht nur innenpolitisch mit einem zukünftigen Koalitionspartner, sondern auch gemeinsam mit den Europäern gehen wollen. Aber natürlich hat Deutschland immer auch das Recht, die eigene Sicherheit und die eigene Ordnung zu verteidigen. Das steht im Raum. Wir versuchen einen Weg im Konsens.

Detjen: Herr Merz, es war in der vergangenen Woche bemerkenswert wie der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, Sie haben ihn mehrfach getroffen, auf Sie zugeht. Er hat in einer abendlichen Fernsehansprache an die französische Nation gesagt, er wolle, so hat er es formuliert, einen historischen Vorschlag des künftigen Bundeskanzlers Friedrich Merz aufnehmen, nämlich eine strategische Debatte über den Schutz Europas durch die französische, das heißt nukleare Abschreckung eröffnen. Sie hatten vor einer Woche in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung angekündigt, dass auch das zum Thema in den Koalitionsverhandlungen werden soll. In den Sondierungsergebnissen findet sich dazu wie gesagt noch nichts. Aber konkret ist ja die Frage, ob sich Deutschland darauf einstellen soll, wie bisher mit den USA künftig Frankreich bei der nuklearen Abschreckung konkret zu unterstützen, mitzuwirken, also man nennt das Teilhabe. Wie könnte eine deutsche Teilhabe einer europäischen Nuklearabschreckung aussehen?

Merz: Ich habe zunächst einmal am vergangenen Wochenende auf die ja wiederholt vorgetragenen Angebote von französischen Regierungen - es ist ja nicht die erste Regierung und der erste Staatspräsident, der ein solches Angebot macht, sondern es hat ja viele vorher gegeben - ich habe auf diese Angebote das erste Mal aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland positiv reagiert und habe gesagt, über dieses Thema sollten wir sprechen. Ich habe das auch in früheren Jahren immer für richtig gehalten, dass wir solche Gespräche führen. Wir sollten auch Großbritannien einbeziehen. Wir haben noch zwei Nuklearmächte in Europa. Das sind Frankreich und Großbritannien. Wir sollten mit beiden Ländern sprechen.

Immer auch unter dem Aspekt der Ergänzung des amerikanischen nuklearen Schutzschirms, den wir natürlich auch aufrechterhalten. sehen wollen. Aber wir müssen auch in der nuklearen Abdeckung in Europa einfach gemeinsam stärker werden. Und deswegen habe ich mit Emmanuel Macron in der vorletzten Woche in Paris auch darüber gesprochen. Wir wollen jetzt zunächst einmal unsere Vorstellungen miteinander abgleichen. Und es ist schon eine kleine Ironie der Geschichte. Es geht hier zurück auf ein Angebot, was Charles de Gaulle schon in den 60er Jahren Konrad Adenauer gemacht hat, wo damals die Initiative nicht weiter verfolgt worden ist. Aber die veränderte Sicherheitslage in der Welt erfordert jetzt, dass wir Europäer eben auch über diese Frage gemeinsam reden. Ich will allerdings auch sehr klarstellen, Deutschland wird nicht selbst über Atomwaffen verfügen können und dürfen. Es gibt mindestens zwei Verträge, die uns das nicht erlauben. Der letzte ist der 2-plus-4-Vertrag von 1990. Da hat Deutschland ausdrücklich darauf verzichtet, selbst Atomwaffen zu besitzen. Und dabei wird es auch bleiben. Aber nukleare Teilhabe mit Frankreich, mit Großbritannien ist aus meiner Sicht jedenfalls ein Thema, über das wir reden müssen.

Detjen: Sie haben Großbritannien, Herr Merz, angesprochen. Wir hatten, bevor wir uns jetzt zu diesem Interview verabreden konnten, für diesen Sonntag ein Interview vorbereitet mit dem britischen Journalisten und ehemaligen Chefberater von Tony Blair, Alastair Campbell, bekannter Podcaster, heute in Großbritannien. Sehr interessantes Gespräch meiner Kollegin Christine Heuer. Man kann das in unserer App und auf der Homepage nachhören. Ich empfehle das hier. Alastair Campbell hat aus britischer Sicht zwei ganz konkrete Wünsche an Sie, Friedrich Merz, geäußert: Erstens, Boris Pistorius im Amt des Verteidigungsministers zu behalten. Und zweitens, die Ukraine endlich mit dem deutschen Marschflugkörper Taurus zu unterstützen. Zu Posten im Kabinett werden Sie jetzt wahrscheinlich nichts sagen, aber zur Unterstützung der Ukraine wird es da neue Signale der Unterstützung einer von Ihnen geführten Regierung geben?

Merz: In der Tat, ich werde mich natürlich jetzt zur Zusammensetzung eines zukünftigen Bundeskabinetts hier nicht äußern. Zu Taurus ist meine Meinung und die meiner Fraktion bekannt. Ich habe immer gesagt, wir sollten das in Abstimmung mit unseren europäischen Partnern tun. Und hier spielen Großbritannien und Frankreich deswegen eine große Rolle, weil sie ja bereits Marschflugkörper in die Ukraine liefern. Auch hierüber wird es Gespräche geben. Und ich gebe die Hoffnung nicht auf, Herr Detjen, dass sich in den nächsten Tagen und Wochen vielleicht doch eine Perspektive für einen dauerhaften Frieden, jedenfalls mal für einen vorläufigen Waffenstillstand in der Ukraine ergeben. Also wir bleiben dabei.

Detjen: Aber auch dazu könnte ja dann eine militärische Ausrüstung der ukrainischen Armee präventiv gehören, unter Umständen dann eben auch mit deutschen Marschflugkörpern.

Merz: Ja, die Ausrüstung der ukrainischen Armee wird ganz sicher ein Thema werden. Die Ukraine braucht ein hohes Maß an Sicherheit, auch nach einem Waffenstillstand, auch nach einem Friedensschluss. Und die NATO braucht ein hohes Maß an Sicherheit, insbesondere an ihrer Ostflanke, also an den Anrainerstaaten, die an die Ukraine angrenzen. Und das

werden Themen sein, über die wir in den nächsten Tagen, Wochen, Monaten, vielleicht sogar Jahren intensiv zu sprechen haben. Die gesamte sicherheitspolitische Lage Europas und damit die sicherheitspolitische Lage unseres Landes hat sich in den letzten Wochen geradezu dramatisch verändert. Und darauf müssen wir auch in der zukünftigen Koalition eine überzeugende Antwort geben.

Detjen: Und das wird dann in den Koalitionsgesprächen stattfinden. Sie werden, sagen Sie genau wann, beginnen, Mitte der Woche?

Merz: Wir werden jetzt morgen zunächst einmal sowohl in der SPD als auch in der CDU und in der CSU die jeweiligen Parteivorstände mit den Sondierungsergebnissen befassen. Ich werde in beiden Gremien der Partei und der Bundestagsfraktion um Zustimmung für ein Mandat zu Verhandlungen mit der SPD über eine Koalition werben. Und dann werden wir uns über die weiteren Abfolgen und über die Termine, über die Strukturen zu unterhalten haben. Vorarbeiten sind geleistet. Aber ich will jetzt zunächst einmal der Zustimmung nicht vorgreifen, die wir in allen drei Parteien und auch in den Bundestagsfraktionen brauchen und dann geht es weiter. Und das werden wir natürlich mit großem Interesse beobachten, wie das dann gelingt.

Detjen: Nächste Woche dann, wie gesagt, auch im Deutschen Bundestag mit dem Beginn der Beratungen über die Grundgesetzänderungen für das große Sondervermögen und die Änderung der Schuldenbremse. Herr Merz, vielen Dank für dieses Gespräch an diesem Sonntagvormittag.

Merz: Ich danke Ihnen.